

PRESEMITTEILUNG

Osnabrück, 22.04.2015

FDP: „Einführung der Baumschutzsatzung ist ein Schlag ins Gesicht der Bürger“

Die FDP-Fraktion ist empört über die geplante Wiedereinführung der Baumschutzsatzung. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Thomas Thiele erklärt dazu: „In einer Nacht- und Nebelaktion hat die rotrotgrüne Koalition die Osnabrücker Bürger überrumpelt. Mit einem Änderungsantrag am gestrigen Dienstag wurde der Beschluss ohne jegliche Vorwarnung durchgedrückt. Ursprünglich stand auf der Ratstagesordnung die Einführung einer Baumberatungssatzung. Wir hätten diese Satzung abgelehnt. Deshalb zauberten sie die Baumschutzsatzung aus dem Hut mit der Begründung, mit der Baumberatungssatzung wären sie uns entgegengekommen. Die hätten wir aber nicht haben wollen. Deshalb wären wir Schuld, das sie so handeln mussten.

Das ist das Allerletzte.

Wir Liberale sehen in einer Baumschutzsatzung eine Verletzung des Eigentumsrechtes der Osnabrücker Bürger, da eine solche Satzung erhebliche Einschränkungen in der privaten Gartengestaltung vorsieht. Es hat noch nie so viele gesunde Bäume in der Stadt und Umgebung gegeben wie aktuell.

Jetzt werden wahrscheinlich unnötig viele Bäume vorsichtshalber vor Erreichen der Fällschutzgrenze gefällt und somit die Entwicklung zukünftiger Baumgenerationen verhindert.

Angeblich will rotrotgrün nicht die Eigentümer privater Gärten mit der Satzung treffen, sondern Investoren, die aus wirtschaftlichen Gründen Bäume fällen. Es ist ein Irrglaube, dass sich diese Unternehmen durch eine Baumschutzsatzung stoppen ließen.

Völlig unglaublich werden die Baumschutzsatzungsaktivisten aber mit ihrer Aussage, dass die Abholzaktionen der städtischen Töchter Klinikum und Stadtwerke

rechtens seien. Schließlich wäre das aus wirtschaftlichen Erwägungen notwendig gewesen.

Da muss den Bürgern doch die Zornesröte ins Gesicht steigen. Denn das bedeutet, wenn etwas für die Stadt profitabel ist, kann sie sich alles erlauben. Wenn der Bürger aber so handelt, wird er zur Kasse gebeten. Das ist beschämend.

Jetzt werden sich die Bürger mit ihren Motorsägen zur Wehr setzen. Und das hat die rotrotgrüne Koalition zu verantworten. Die FDP wird deshalb eine Bürgerbefragung initiieren.“